

KEHRWIEDER-Interview mit Jutta Rübke zur Wende im Fall Gazale Salame

# „Wenn alle zusammen sind, fängt die Arbeit erst an“

Landkreis. Die Hildesheimer SPD-Landtagsabgeordnete Jutta Rübke setzt sich seit Jahren für die vor knapp acht Jahren durch Abschiebung auseinandergerissene Familie Salame/Siala ein. Dabei scheute sie auch den offenen Konflikt mit ihrem Parteifreund Landrat Reiner Wegner nicht. Zuletzt führte sie vor allem zahllose Hintergrundgespräche und überzeugte so nach und nach auch CDU- und FDP-Innenpolitiker im Landtag. KEHRWIEDER-Redakteur Lothar Veit sprach mit Rübke über die politische Kehrtwende kurz vor Weihnachten und den nächsten Landtagswahlen und darüber, was jetzt konkret zu tun ist, um eine Familienzusammenführung von Gazale Salame, Ahmed Siala und den vier gemeinsamen Kindern Amina, Nura, Schams und Ghazi in Deutschland zu realisieren.

KEHRWIEDER: Auch CDU- und FDP-Politiker machen sich jetzt für die Rückkehr von Gazale Salame stark. Wie kommt es zu diesem Sinneswandel?

Jutta Rübke: Wir haben uns im Innenausschuss des Landtags ganz intensiv mit dem Thema befasst. Dabei ist es uns gelungen, den Fokus von Herrn Siala wegzunehmen und deutlich zu machen, dass es hier um eine Mutter von vier Kindern geht. Dass ich dabei auch immer wieder sehr emotional geworden bin, ist klar. Wir haben in der Vergangenheit auch nicht alles richtig gemacht in der Frage, aber das hat letztlich doch bei vielen in CDU und FDP dazu geführt, Barmherzigkeit walten zu lassen. Die Staatskanzlei war in die Gespräche involviert, sie hat uns zugesagt, dass das Innenministerium eine Lösung findet.

Sollte der Opposition ein Wahlkampfthema genommen werden? Ja, vielleicht auch das. Aber ob Wahlkampf ja oder nein, das ist mir völlig wuppe! Unser Ziel ist es, diese drei Menschen – Gazale Salame, Schams und Ghazi – zurück nach Niedersachsen zu holen.



Jutta Rübke bei einer von vielen Kundgebungen für die Rückkehr von Gazale Salame – hier im September 2011 vor dem Kreishaus. Archivfoto: Veit

Es wird nun spekuliert, dass die Familienzusammenführung sogar noch vor Weihnachten möglich sein könnte. Ist das realistisch?

Ein fester Zeitpunkt ist nicht genannt worden. Aber wenn es ein Wahlkampfschlager für CDU und FDP werden soll, muss es vor dem 19. Januar klappen.

Was sind jetzt die nächsten konkreten Schritte?

Wir brauchen die beiden türkischen Pässe, die Gazale in Izmir für Amina und Nura beantragt hat. Die hat sie vergangenen Samstag per Post an Ahmed geschickt. Wenn die hier angekommen sind, muss er damit zum türkischen Konsulat in Hannover und sich dort auch nochmal einen Stempel abholen. Zusammen mit den aktuellen Schulzeugnissen kommt dann alles zum Landkreis, der Amina eine Aufenthaltserlaubnis ausstellen muss. Dem steht nichts im Wege, ihre Zeugnisse sind gut. Danach können dann auch Gazale und die beiden Kinder einreisen.

Der Landkreis Hildesheim hat stets betont, er handle hier nur im „übertragenen Wirkungskreis“, also als verlängerter Arm des Innenministeriums. Der Innenminister behauptet jedoch, der Landkreis sei

die zuständige Behörde, es habe keine Weisungen gegeben. Dieser Widerspruch ist nie aufgelöst worden. Was stimmt denn nun?

Das ist es ja – wenn alle sechs zusammen sind, fängt die Arbeit erst an. Die sind ja alle durcheinander, es gab auch viele Verletzungen, die sich Ahmed und Gazale am Telefon begeben haben, es gab viele Enttäuschungen für beide. Gazale wird ihr Trauma auch auf die Kinder übertragen haben. Frau Özkan (die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan, siehe Seite 2) hat uns ja freundlicherweise darauf hingewiesen, was der Unterstützerkreis alles zu tun hätte. Das wissen wir schon selber! Wir werden auch für ärztliche Hilfe sorgen, damit Gazale in die Lage kommt, hier arbeiten zu können. Ich glaube aber, dass das gelingt, weil es viele Unterstützer gibt.

Wie soll aus der Familie eigentlich wieder eine „normale“ Familie werden?

Das ist es ja – wenn alle sechs zusammen sind, fängt die Arbeit erst an. Die sind ja alle durcheinander, es gab auch viele Verletzungen, die sich Ahmed und Gazale am Telefon begeben haben, es gab viele Enttäuschungen für beide. Gazale wird ihr Trauma auch auf die Kinder übertragen haben. Frau Özkan (die niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan, siehe Seite 2) hat uns ja freundlicherweise darauf hingewiesen, was der Unterstützerkreis alles zu tun hätte. Das wissen wir schon selber! Wir werden auch für ärztliche Hilfe sorgen, damit Gazale in die Lage kommt, hier arbeiten zu können. Ich glaube aber, dass das gelingt, weil es viele Unterstützer gibt.

Antrag von CDU/FDP

## Aktuelle Stunde

(lv) Landkreis. Bei der morgigen Kreistagsitzung (ab 16 Uhr) wird es erstmals eine aktuelle Stunde geben. Die Gruppe CDU/FDP hat diese zu dem Thema „Politisierung der Verwaltung durch die Kreistagsgruppe SPD/Grüne“ beantragt. Wie berichtet, ist Schwarz-Gelb unzufrieden, weil die Mehrheitsgruppe eine zweite Kreisratsstelle ablehnt. Landrat Reiner Wegner wollte die Verwaltungsspitze umbauen und hatte CDU und FDP signalisiert, dass es die Stelle wieder geben soll. 2007 war der mit dem CDU-Mann Burkhard Berndt besetzte Posten abgeschafft worden. Pointe am Rande: Die „Aktuelle Stunde“ ist erst seit Ende 2011 möglich – auf Antrag von Rot-Grün.

Kündigungen befürchtet

## Flaute bei Meteor

(lv) Bockenem. Bei Meteor stehen nun offenbar doch betriebsbedingte Kündigungen an. Die Rede ist von 100 Mitarbeitern, die ihren Job verlieren könnten. Insolvenzverwalter Christopher Seagon nennt als Grund den schwächelnden Autoabsatz, der auch Meteor als Zulieferer trifft. Über Details werde derzeit mit dem Betriebsrat verhandelt. Bislang war der Gummi-Spezialist ohne Kündigungen ausgekommen, dennoch wurde die Belegschaft über Vorruhestandsregelungen, auslaufende Zeitverträge oder Abfindungen von 2.000 auf 1.650 Mitarbeiter reduziert. „Gleichzeitig wurde die Effizienz gesteigert“, sagt Seagons Sprecher Holger Voskuhl, „der Umsatz ist in etwa gleich geblieben“. Zurzeit werde mit vier Investoren verhandelt, allesamt internationale Konzerne mit deutschen Gesellschaften. Eine Entscheidung soll im Frühjahr 2013 fallen.

Messungen für Kaliabbau

## K+S bohrt nach Wasser

(lv) Giesen. Die Firma K+S hat im Raum Giesen an 14 Stellen Grundwassermessungen in Auftrag gegeben. Die Bohrungen beginnen am morgigen Montag und werden – je nach Witterung – bis Ende Februar 2014 dauern. K+S benötigt die Daten für eine Umweltverträglichkeitsprüfung im Rahmen der Wiederbelebungs des Bergwerks Siegfried, sie sollen aber auch der späteren Grundwasserüberwachung dienen.

Kreistag: Haushalt 2013 und Stellenplanung

# Morgen geht's ums liebe Geld

(lv) Landkreis. Haushaltsdebatte und bevorstehende Landtagswahl – diese Mischung dürfte dafür sorgen, dass es in der morgigen Kreistagsitzung noch einmal munter zugehen wird. Nachdem SPD und Grüne ihre Änderungswünsche zum Etat 2013 bereits vor zwei Wochen bekannt gegeben haben, ziehen CDU und FDP jetzt nach – wohl wissend, dass sie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse kaum Chancen haben, ihre Vorschläge durchzubringen.

■ **Kreisumlage:** CDU und FDP beantragen die Senkung der Kreisumlage um einen Prozentpunkt von 55 auf 54. Dies würde laut Kreisverwaltung rund 2,4 Millionen Euro kosten. Der von der Verwaltung vorgesehene Strukturfonds für finanzschwache Gemeinden soll dagegen nicht eingeführt werden. Dies sei „ein Gebot der Fairness“, heißt es im Antrag von CDU und FDP. Die Kreisumlage sei das gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichsinstrument zwischen Landkreis und Kommunen. Der Strukturfonds sei dagegen gesetzlich nicht vorgesehen. Es fehlten zudem Regularien für die Verteilung des Geldes. Eine Vergabe „nach Gutsherrenart“ lehnt Schwarz-Gelb ab.

Zumindest an dieser Stelle besteht Einigkeit mit Rot-Grün. Die Mehrheitsgruppe befürwortet zwar den Fonds mit einem Volumen von 1,5 Millionen Euro, über die Vergabe soll aber ausschließlich der Kreistag entscheiden. Die Verwaltung soll daher bis zur März-Sitzung des Kreistages Kriterien erarbeiten. Darüber hinaus haben auch SPD und Grüne die Entlastung der Kommunen auf der Agenda, wollen dies aber lieber über die Bezuschussung der Kinderbetreuung regeln, die für die Zeit ab 2014 neu ausgedacht werden muss.

Der Kreisverband des Städte- und Gemeindebundes fasst all diese Ideen zusammen: Er begrüßt grundsätzlich den Strukturfonds, hält die Kreisumlage für deutlich zu hoch und die Erstattung für die Kinderbetreuung für viel zu niedrig. Das Geld, das die Kommunen für Krippen und Kindertagesstätten aufbringen, übersteige „die Rückflüsse durch den Landkreis inzwischen um ein Mehrfaches“, schreibt Algermissens Bürgermeister Wolfgang Moegerle als Kreisvorsitzender der Kommunen. Dies drohe die finanzielle Handlungsfähigkeit zu ersticken. Insbesondere bei den stark steigenden Personalkosten sei ein „Erdrosselungseffekt“ zu befürchten, so Moegerle. Eine formelle Stellungnahme zum Kreishaushalt 2013 sei sein Schreiben nicht, schickt der Bürgermeister voraus. Die Städte und Gemeinden könnten keine abgeben, „da der mangelnde Informationsfluss

zwischen Landkreis und Kommunen eine ordnungsgemäße Beratung nicht ermöglicht hat“.

■ **Stellenplan:** Die Gruppe CDU/FDP fordert eine Umstrukturierung der Verwaltungsspitze. Derzeit wird die Verwaltung vom Landrat geführt, danach kommt der Erste Kreisrat als allgemeiner Vertreter und vier Dezentern, die die Verantwortung für die Bereiche „Innere Dienste/Service“, „Sicherheit und Ordnung“, „Bildung, Bau und Umwelt“ sowie „Soziales, Jugend, Sport und Gesundheit“ tragen. Die CDU hatte seinerzeit den SPD-Mann Olaf Levenon als Ersten Kreisrat mitgewählt, weil sie davon ausgehen konnte, dass künftig wieder eine zweite Kreisratsstelle eingerichtet wird (siehe auch Meldung links). Tatsächlich hatte der Landrat geplant, die Verwaltungsspitze mit zwei sogenannten Wahlbeamten (die jeweils auch ein Dezernat leiten) und zwei weiteren Dezernenten zu organisieren. Schwarz-Gelb befürwortet dieses Modell. Rot-Grün hat dem jedoch einen Strich durch die Rechnung gemacht und wird morgen einen Änderungsantrag einbringen. Danach würde alles so bleiben, wie es momentan ist. Hintergrund: Der Dezernent für Sicherheit und Ordnung geht voraussichtlich nächstes Jahr in Ruhestand, die Grünen hatten sich per Koalitionsvereinbarung ein Vorschlagsrecht für die Wiederbesetzung dieser Stelle zugesichert lassen (der KEHRWIEDER berichtete).

Daneben haben CDU und FDP einen weiteren Antrag zum Stellenplan gestellt: Sie fordern den Landrat auf, innerhalb der Verwaltung eine „Eingreifreserve“ zu bilden. Hiermit sollen personelle Engpässe in der Bearbeitung von BAföG-Anträgen sowie zu Stoßzeiten bei der KFZ-Zulassung behoben werden.

■ **Schulmensen:** Bei der Unterstützung des Mensabetriebes in den Ganztagschulen wollen Schwarz-Gelb und Rot-Grün ebenfalls unterschiedliche Wege gehen. Der Preis wäre allerdings der gleiche: zusätzliche 240.000 Euro im Jahr. Während Rot-Grün einmalig 50.000 Euro für die Erstellung von Mensa-Konzepten bereitstellen und im nächsten Schritt jährlich 240.000 Euro für Personal zuschießen möchte, schlagen CDU und FDP vor, jeder Ganztagschule in Trägerschaft des Landkreises pro Jahr 12.000 Euro zur eigenverantwortlichen Verwendung zu überweisen. Damit könnten Küchenmitarbeiter, aber auch weitere Ganztagsangebote oder Sozial- und Jugendhilfeleistungen finanziert werden. Das benötigte Haushaltsvolumen würde laut CDU/FDP „mindestens 240.000 Euro“ pro Jahr betragen.

Landkreis und Kommunen bekommen Geld aus dem Finanzausgleich

## 1,9 Millionen Euro vom Land

(lv) Landkreis. Der Landkreis Hildesheim erhält im kommunalen Finanzausgleich noch in diesem Jahr knapp 1,9 Millionen Euro mehr als im August berechnet. Das teilte die CDU-Landtagsabgeordnete Ursula Ernst am Dienstag mit: „Laut Steuer-

schätzung führt die gute wirtschaftliche Entwicklung zu erheblichen Mehreinnahmen des Landes. Daran beteiligt das Land die Kommunen in diesem Jahr früher als üblich.“

Finanzdezernent Klaus Rosemann konnte die Zahl vergangene Woche

noch nicht bestätigen, sagte aber, der Niedersächsische Landkreistag habe dies schon angekündigt. „Der Landkreis bekommt aber nur etwa die Hälfte, der Rest wird auf die Stadt Hildesheim und alle Gemeinden aufgeteilt“, so Rosemann.

Geldstrafe nicht bezahlt: Neonazi Riefing in Haft

## Dem Manne kann niemand helfen

(lv) Söhlde. Der Neonazi und ehemalige NPD-Bundestagskandidat Dieter Riefing sitzt seit Montag im Gefängnis in Sehnde. Die Polizei hatte den 44-Jährigen vormittags in seiner Wohnung in Söhlde verhaftet, weil er eine Geldstrafe nicht bezahlt hatte. Vor etwa einem Jahr wurde er vom Amtsgericht Wuppertal wegen „Landfriedensbruch“ bei einem Neonazi-Aufmarsch in Wuppertal zu 130 Tagessätzen à 20 Euro (insgesamt 2.600 Euro) verurteilt.

In seiner finanziellen Not wandte sich Riefing an den Gesinnungsgegnen Christian Worch aus Parchim, mit dem er unter anderem bei Aufmärschen in Hildesheim aufgetreten war. Worch gründete unlängst die NPD-Konkurrenzpartei „Die Rechte“. Auf seiner Homepage hat der Neonazi nun ein „Hilfersuchen in Sachen Dieter Riefing“ veröffentlicht. Dieser habe „natürlich keine 2.600 Euro in der Schublade herumliegen“, schreibt Worch, unter anderem weil er im Zuge seines Scheidungsprozesses



Christian Worch (l.) und Dieter Riefing (2007). Archivfoto: Fuhrhop

ses umgezogen sei. Der 44-Jährige lebte längere Zeit mit seiner Frau Ricarda Riefing und den gemeinsamen Kindern in Coppengrave, hatte dort aber zuletzt von der Polizei nach einem handgreiflichen Streit einen Platzverweis erteilt bekommen. Die Rechtsextremistin ist mittlerweile mit einem NPD-Abgeordneten verlobt und lebt in Pirmasens.

„Kann dem Manne geholfen werden?“, fragt Worch in Sachen Dieter Riefing. Bislang offenbar nicht. Bei Redaktionsschluss saß er noch ein.

# Alles inklusive !

Qualitäts-Brillengläser inkl. TOP modischer Fassung zum Komplettpreis

**Einstärkenbrille mit Kunststoffgläsern**  
Inkl. TOP modischer Brillenfassung  
Qualitäts-Leichtgläser  
Superentspiegelung und Härting

Alles inklusive  
€ 69,-  
Fassung und Gläser



**Gleitsichtbrille mit Kunststoffgläsern**  
Inkl. TOP modischer Brillenfassung  
Stufenloses Sehen. Von Nah bis Fern  
Superentspiegelung und Härting

Alles inklusive  
€ 119,-  
Fassung und Gläser

**Einstärkenbrille Premium 1,6 mit Kunststoffgläsern**  
Inkl. TOP modischer Brillenfassung  
Premium n1,6 Leichtgläser  
Extra dünnes und flaches Design  
Superentspiegelung und Härting

Alles inklusive  
€ 99,-  
Fassung und Gläser



**Office - Gleitsichtbrille für Büro und PC mit Kunststoffgläsern**  
Inkl. TOP modischer Brillenfassung  
Extra breite Felder. Nah und Bildschirm  
Superentspiegelung und Härting

Alles inklusive  
€ 199,-  
Fassung und Gläser

**Einstärken Sonnenbrille Tönung 85% mit Kunststoffgläsern**  
Inkl. TOP modischer Brillenfassung  
Tönung in braun / grau / grau-grün  
Superentspiegelung und Härting

Alles inklusive  
€ 69,-  
Fassung und Gläser



**Gleitsicht Sonnenbrille Tönung 85% mit Kunststoffgläsern**  
Inkl. TOP modischer Brillenfassung  
Stufenloses Sehen. Von Nah bis Fern  
Automatik-Tönung von 15% - 75%  
in den Farben braun oder grau  
Superentspiegelung und Härting

Alles inklusive  
€ 169,-  
Fassung und Gläser

**Einstärken Sonnenbrille Automatische Tönung mit Kunststoffgläsern**  
Inkl. TOP modischer Brillenfassung  
Automatik-Tönung von 15% - 75%  
in den Farben braun oder grau  
Superentspiegelung und Härting

Alles inklusive  
€ 169,-  
Fassung und Gläser



**Gleitsicht Sonnenbrille Automatische Tönung mit Kunststoffgläsern**  
Inkl. TOP modischer Brillenfassung  
Stufenloses Sehen. Von Nah bis Fern  
Automatik-Tönung von 15% - 75%  
in den Farben braun oder grau  
Superentspiegelung und Härting

Alles inklusive  
€ 289,-  
Fassung und Gläser

\*Glasstärke +/- 4,00 istH cyl 2,00

Unsere Auswahl wird Sie begeistern !

Inh. Gero Lantzsch  
Augenoptikermeister  
Friedrich-Ebert-Straße 5  
31167 Sarstedt  
Telefon 05066-64722



Wir sind gerne für Sie da :

Mo-Fr 8.30 - 13.00 Uhr  
14.30 - 18.00 Uhr  
Sa. 9.00 - 13.00 Uhr